

II- 45 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
 XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 2. Dez. 1971

No. 34/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. GRUBER,
 und Genossen

Harwalik

an den Bundeskanzler

betreffend Gutachten des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramtes
 zum Hochschul-Organisationsgesetz.

In Ihrer Anfragebeantwortung vom 26. Juli 1971, 644/AB auf die
 Anfrage des Abgeordneten Leitner 632/J, haben Sie folgendes aus-
 geführt:

"Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung hat mit
 Schreiben vom 14. Jänner 1971 den "Diskussionsentwurf" für ein neues
 Universitäts-Organisationsgesetz dem Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst
 mit der Bitte um Stellungnahme übermittelt. Die Sektion Verfassungsdienst
 des Bundeskanzleramtes hat den vorläufigen Entwurf einer Stellung-
 nahme ausgearbeitet und diesen Entwurf mir als dem verantwortlichen
 Ressortleiter des Bundeskanzleramtes vorgelegt. Im Hinblick auf
 die grundsätzliche Bedeutung der Angelegenheit habe ich mir ein
 genaues Studium dieses vorläufigen Entwurfes einer Stellungnahme des
 Verfassungsdienstes vorbehalten, das noch nicht abgeschlossen ist.
 Nach Abschluß dieses Studiums werde ich die eingangs zitierte
 Anfrage im einzelnen beantworten."

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundeskanzler
 folgende

A n f r a g e :

- 1) Haben Sie den vorläufigen Entwurf einer Stellungnahme des
 Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramtes einem genauen Studium
 zugeführt?

Wenn ja, zu welchem Ergebnis sind Sie gekommen?

-2-

2) Hat der Verfassungsdienst in der Zwischenzeit eine endgültige Stellungnahme zum Diskussionsentwurf für ein neues Universitäts-Organisationsgesetz des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung ausgearbeitet?

Wenn nein, wann ist damit zu rechnen?

Wenn ja, wie lautet diese Stellungnahme des Verfassungsdienstes?